

Halleische Zeitung



Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich in erster Ausgabe Donnerstags 11 Uhr, in zweiter Ausgabe Abends 6 Uhr.

Inserionsgebühren für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 18 Kr., 15 Kr. für halbe u. Reg.-Bog. Berechnung. Reclamen an der Spitze des Anzeigenscheites pro Zeile 40 Kr.

norm. im G. Schwesfchke'schen Verlage. (Halleischer Courrier.)

N^o 4. Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung. Halle, Sonnabend, 5. Januar. Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt. 1884.

Ueber die Vorgesichte des „Culturkampfes“

gibt der so eben erschienene zweite Band des bedeutungsvollen Werkes von F. Friedrich „Geschichte des vaticanischen Concils“ hochinteressante Aufschlüsse, aus welchen gerade jetzt, wo der Culturkampf sich zu Ende neigt, eine Mittheilung willkommen sein wird. Wir ersehen aus denselben, auf wie schwere Wechsellager der jesuitisch-papistische Verfall und Angriff, wie er in der Unselbstständigkeit der katholischen Kirche, selbst unter den entscheidenden Geiseln des jetzigen Centrums, floss und wie damals die Kräfte zu einer Bewegung gefügt wurden, die seitdem unter ganzem öffentlichen Leben auf tiefste angewirkt hat. Von besonderem Interesse ist u. a. eine Reminiscenz aus dem Sommer 1869. Damals tagte in Berlin das Zollparlament und die Vorbereitungen zur Infallibilitäts-Erklärung des päpstlichen Concils. Unter den namhaftesten katholischen Mitgliedern des Zollparlaments, die hernach an der Spitze der ultramontanen Partei standen, wurde damals der Entwurf einer Adresse an die deutschen Bischöfe vereinbart, welche den „Ausdruck der heiligen Ueberzeugung“ der „ersten Katholiken“ darstellen sollte und unteres Bewußtseins niemals verdrängt oder doch wenig bekannt geworden ist. Unter den Unterscheideten finden wir Windthorst, F. Reichensperger, Weßhitz, den Präsidenten der jüngsten Zülchowitzer Katholikerversammlung und andere Hauptführer des Centrums. Dieser Adresse enthält Sätze, die vom Standpunkt der Curie aus als vorwiegend feindselig bezeichnet werden müssen. Den Leuten war ausdrücklich das Recht zugesprochen, in der Kirche ebenfalls ihre Stimmen zu erheben. „Wie in ein Concil lauten ward“, heißt es da, „am Neuen erst zu schaffen, dessen Zeugnis zu geben von dem, was unsere heilige Kirche zu allen Zeiten und aller Orten gelehrt hat, so auch jetzt. Träger dieser ununterbrochenen Ueberlieferung ist die Gesamtheit der Gläubigen, und auch den Laien ist es nach Maßgabe ihres Eifers für die Sache Gottes ein Gebot zu bezeugen, zu bezeugen, was im Schooße der kirchlichen Gemeinschaft sich regt und bewegt.“ Es ist ein ganz anticlericalistischer, von der strenggläubigen römischen Theologie längst verpörrte Satz. Die Adresse haupt serner nicht nur, daß heute das Bedürfnis einer Klärung der Infallibilitätsfrage nicht vorliegt, sondern sie behauptet die Unselbstständigkeit der Kirche ausdrücklich darauf, „aufmerksam zu machen, zu mahnen und zu verbieten, wenn irgend Grundläge als thätliche aufgestellt und gelehrt werden wollen, die nach keiner Erforschung der wahren Lehre dem katholischen Glauben nicht entsprechen.“ Weiter, sagt Friedrich, ging auch die äußerste Linke der deutschen Bewegung nicht und nicht einmal die gallicanische Kirche. Er wird serner anerkannt, daß der Staat seine Macht bei der Verwendung möge, über die Ausführung von Concilialentscheidungen, sofern sie ihrer Wirksamkeit auf sein eigentümliches Rechtsgebiet erstrecken und in äußeren Handlungen zu Tage treten sollten, seine eigenen Bestimmungen zu treffen. In diesen Worten haben die Unterscheideten der Adresse kaum im Voraus den ganzen logen Culturkampf als legal anerkannt. Kurz, die Herren Windthorst, Reichensperger u. a. haben sich damals gründlich auf feindseligen Aussagen befunden, und es ist ein Verdienst, daß ihnen in dem Buch wieder einmal der Spiegel ihrer eigenen Aussagen vorgehalten wird. Das war die Zeit, aus der auch ein in dem Friedrich'schen Werke reproducirtes Schreiben des Breslauer Canonikus Künger einen bezüglichen kleinen Vorgang berichtet. Der genannte geistliche Herr erzählt: „Ich begleitete Windthorst nach einem Mittagssmah bei Saargau nach Saarg, tröstete ihn wegen seiner Zweifel über die päpstliche Unselbstbarkeit und suchte seinen Ingrimm gegen die Jesuiten, die er für schuldig an allem erklärte und gegen deren Vertreibung er keinen Zweifel frumm machen würde, zu besänftigen.“ Die Herren haben sich freilich seitdem gründlich behütet; unter ferneren kirchenpolitischen Anträgen des Abg. Windthorst wird ohne Zweifel auch die Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht fehlen.

Gesetzentwurf eröffnet, der von der Bereitschaft der Staatsregierung zur Beteiligung des in zahlreichen katholischen Gemeinden obwaltenden seelsorgerischen Nothstandes ebenbürtig bezeugt abgelegt, wie von dem Verhältnisse derselben für die unter den katholischen Staatsbürgern herrschende Auffassung der kirchenpolitischen Beziehungen. Nach eingehenden Verhandlungen kam am 11. Juli v. J. vollenzogen Gesetz zu Stande, welches die Angelegenheit auf das Maß des Unvermeidlichen beschränkte, der Zuständigkeit des Reichstages für kirchliche Angelegenheiten enger Grenzen zog und die durch das Gesetz vom 14. Juli 1880 ausgesprochene Straffreiheit für die Vornahme geistlicher Amtshandlungen ausdehnte. Soweit dies ohne Preisgebung wesentlicher Rechte des Staates möglich war, sollten die Gemüthe befreit werden, welche der Beteiligung des seelsorgerischen Nothstandes bisher im Wege gestanden hatten.

Auch nach Erlass dieses Gesetzes fühlte die bei Einbringung derselben ausgesprochene Erwartung, daß man es auf kirchlicher Seite an einem entsprechenden Entgegenkommen nicht fehlen lassen und von der dargebotenen Möglichkeit zur Wiederbeziehung der vorant gewordenen geistlichen Aemter bereitwilligen Gebrauch machen werde, vielfach auf Zweifel und Bedenken. Der Erfolg hat gelehrt, daß die selben unbegründet waren, und daß die Erwartung der Staatsregierung, Vertrauen werde Vertrauen erwecken, nicht getäuscht worden ist. Allen gegenseitigen Vorberathungen zum Trotz machte der heilige Stuhl sich über Maßregeln schlüssig, welche eine umfassende Ausführung des neuen Gesetzes sichern. Es wurde die Einholung der durch die Novelle vom 31. Mai 1882 ermöglichten staatsrechtlichen Dispense für seelsorgerische Verwendung fremden katholischen Geistlichen genehmigt, welche sich über eine den geistlichen Vorschriften entsprechende Vorbildung nicht ausweisen können, und beinahe Ausdehnung der Wohlthaten des Gesetzes auf alle Diözesen des Staates die bezügliche Vermittelung dem Senior der preussischen Bischöfe, dem Bischof von Culm, übertragen. Auch in den der kirchlichen Leitung zur Zeit entbehrenden Diözesenbezirken sollte der seelsorgerischen Noth der Gemeinden auf dem Boden des Gesetzes vom 11. Juli 1883 abgeholfen werden können.

Auf solche Weise ist die seit Jahren angestrebt Wiederherstellung geordneter seelsorgerischer Verhältnisse in den katholischen Kirchengebieten endlich gesichert worden. Zur Befriedigung der Staatsregierung über die Erreichung des angestrebten Zieles hat es wesentlich beigetragen, daß derselben die kirchliche Mitwirkung nicht gefehlt hat und daß durch das bewiesene Entgegenkommen weitere Maßnahmen zur Förderung der kirchenpolitischen Verständigung ermöglicht worden sind. Nachdem ein Allerhöchster Gnadenakt den Bischof von Limburg seiner Diözese zu Anfang des vorigen Monats wiederzugeben hatte, ist am letzten Tage des alten Jahres ein Beschluß des königlichen Staatsministeriums zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, dessen Bedeutung für die fernere Gestaltung unserer kirchenpolitischen Verhältnisse der Erläuterung nicht bedarf. Auf Grund von Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1882 in Verbindung mit Artikel 4 des Gesetzes vom 14. Juli 1880 ist für den Umfang der Diözesen Culm, Ermland und Pilschheim die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen an die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen vom 1. October v. J. an abgeordnet worden.

Wichtige der beim Jahreswechsel gethane neue Schritt zur Wiederherstellung des vollen kirchlichen Friedens von günstiger Vorbereitung für den Zeitabschnitt sein, in welchem wir am 1. Januar 1884 getreten sind. Wichtige der Geist des Vertrauens und der Veröhnlichkeit, in welchem die Staatsregierung ihre Eintheilungen gefaßt hat, von Allen behätigt werden, die sich der Mitverantwortlichkeit für die fernere Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche bewußt sind.“

Gleich nach Wiederbeginn der Sitzungen des Abgeordnetenhauses, Mittwoch, den 9. Januar, wird der kirchenpolitische Antrag Reichensperger auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Bei der am 7. Januar bevorstehenden Reichstagswahl in Göttingen ist, wie wir aus fortschrittlichen Blättern ersehen, neben dem weltlichen Kandidaten Göb von Oelenhain und dem nationalliberalen Kommerzienrath Nabbe theilhaftig auch noch ein fortschrittlicher „Zählkandidat“ in der Person Albert Trägers aufgestellt worden. Die Wiederwahl eines weltlichen Kandidaten ist außer Frage“ wird dieser Mittheilung in fortschrittlichen Blättern hinzugefügt. Es ist sehr bezeichnend, wie dieser einzige eingemagten aussichtslose Versuch, einen allseitigen Wahlkreis zu erobren, von der Fortschrittspartei gleich wieder durch Aufstellung einer Kandidatur, die nicht anders bewerkelt kann, als den Wahlen den Sieg zu erleichtern, durchkreuzt wird.

Beim Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten am 8. Januar beauftragt die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses sofort in die Besprechung der Steuererträge der Jagdordnung einzutreten. Die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion werden deshalb in der „Nat.-Lib. Corr.“ gebeten, mit Rücksicht hierauf sich befonders pünktlich zum 8. d. Mts. in Berlin einzufinden.

Die „Provinzial-Correspondenz“ bringt in ihrer neuesten Nummer auch einen Artikel über die „Wirtschafts- und Sozialpolitik beim Jahreswechsel“. Darin heißt es zum Schluß:

„Möge das neue Jahr der Sozialreform einen zweiten Baustein dem Krankenversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz hinzufügen: wenn die Parteien der Handlung des öffentlichen Gutes zu Gunsten der von der Regierung ertrahenen reformatorischen Ziele Rechnung tragen und sich von fremdbürdigen Interessen und Rücksichten nicht beeinflussen lassen, so wird das Jahr 1884 höchstwahrscheinlich die Fortsetzung des im Vorjahre begonnenen Werkes bringen.“

Die General-Lotterie-Direktion hat, wie die „R. Z.“ hört, die Unter-Einnehmer anfordern lassen, zu berichten, welchen Ständen und Vermögensklassen ihre Verträge meist angehören, ob es ihnen bekannt sei, daß dieselben die Einzahlbeträge etwa zum Nachtheil ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse leisten, sich dadurch in Schulden stürzen, ob überhaupt von dem Lotteriespiel eine sittlich schädigende Wirkung zu merken sei.

Ueber den Feldzugsplan, mit welchem der englische Premierminister in die bevorstehende parlamentarische Kampagne einzutreten gedenkt, geben die neuesten Londoner Blätter, je näher der Augenblick der Parlamentsöffnung rückt, um so mehr auseinander. Am meisten Wahrscheinlichkeit hat noch die Meinung derjenigen für sich, die sich überzeugt halten, daß Mr. Gladstone, seinem Charakter treu bleibend, der Opposition auch diesmal zuvorkommen und im geeigneten Augenblicke sofort mit der Wahlreformbill heranzutreten werde. Als mathematisch einbringungsstermin der Bill gilt einer von den ersten Tagen des Märzmonats. Da Oftern dieses Jahr spät fällt, so bleibt hiwzählige, Frist vorher mit der ersten und zweiten Lesung der Bill fertig zu werden.

Mit der irischen Reformpolitik des Kabinetts sind nachgerade selbst die eifrigsten Anhänger und Bewunderer der Gladstone'schen Staatsweisheit in hohem Grade unzufrieden worden. Die gänzliche Negativität des in Irland zur Anwendung gebrachten Veröhnungs- und Nachgiebigkeitsystems hat die Politik der Beziehungen bei der öffentlichen Meinung Englands in argen Mitleid gebracht und den Wunsch wadgerufen, es möge seitens der in Irland wirkenden Behörden mit Energie und Strenge, wenn auch unter gewissenhafter Nachsicht der Gesetze, gegen die Unthatbetroffenen eingeschritten werden. „Ausführung des Gesetzes und Wahrung des öffentlichen Friedens“ lautet das Programm, welches gegenwärtig populär ist und dem Premierminister von den verschiedensten Seiten anempfohlen wird. Man will nicht mehr davon wissen, daß dem einzig unzufriedenen, wenig heftigsten Fremden zu seiner demnach unmöglichen — Beschuldigung Konzeptionen über Konzeptionen in den Schoß geworfen werden, in dessen die lokalen Bevölkerungen Englands und Schottlands unbedacht bleiben und leer ausgehen. Das Kabinet wird am liebsten ferner, diesem Umklänge in der Stimmung seiner Anhängerkreise Rechnung zu tragen.

In ihren Neujahrs-Artikeln lenken die meisten englischen Tagesblätter mit ungeheurer Befriedigung die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die starke und friedfertige Haltung des deutschen Reiches im verflochtenen Jahre. So schreibt der konservativ „Standard“: „Während Frankreich unruhig gewesen ist, war Deutschland ruhig und gelassen; und während der letzten zwölf Monate hat Paris Bismarck die auswärtige Politik des Vaterlandes in dem Geiste der wohlbekannten Worte des größten unter den deutschen Dichtern — „Stets thätig, niemals eilig“, geleistet. Die Folge ist, daß Deutschland eine Stellung in Europa einnimmt, die geheimerischer ist als je, obwohl in seinem Namen weder ein Schuß abgefeuert, noch eine Drohung ausgesprochen wurde. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind, wenn möglich, enger, inniger und einflussreicher als jemals; und es sind gute Gründe für die Annahme vorhanden, daß das verflochtene Jahr Zeuge war der Aufnahmestaltung in ein vertrautes Bündniß mit dem großen Weltmächtigsten Mitteleuropas.“

In Spanien drängt die Frage, ob die monarchische Verfassung mit dem demokratischen Regime verträglich sei zur Entscheidung, welche wesentlich von dem Entschluß des Königs abhängen. In der Adressenkommission sagte Romero Robledo (konservativ), daß das Ministerium, welches in den Schritten zur Auslösung sehr weit gegangen sei, um eine große liberale Partei zu bilden, wegen des intrinsischen Gebahrens der Majorität unmöglich geworden sei. Die Presse zollt der energischen Haltung des Kriegsministers Lopez Dominguez ihren Beifall und sagt, daß das Kabinet dem Marschall Serrano telegraphisch habe, angeheißt der Krisis den Senat auf den 3. Januar zusammenzuberaufen. Nach einem Telegramm des „Journal des Debats“ sind die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Veröhnung zwischen den Ministeriellen und den Anhängern Sagalla's vollständig gecheitert. Da das Kabinet nicht auf seine Prinzipien bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes und der konstitutionellen Reformen verzichten wollte, haben die Anhänger Sagalla's beschloffen, ein Gegenprojekt als Antwort auf die Thronrede vorzulegen. Dasselbe dürfte jedoch die Majorität für sich haben. Dem wird die Regierung dem König die Auflösung des Cortes vorzuschlagen und wenn sich der König weigert, diese zu unterzeichnen, wird das Ministerium seine Entlassung einreichen. Die Debatte über das Gegenprojekt werden am 4. Januar beginnen. — Der im Vorjahre ernannte Antrag des Kriegsministers auf Erhöhung des Soldes der Armee bewirkt offenbar, sich der Sympathien der Armee für die heranahnende Krisis zu versichern.

Vollständiger Tagesbericht.

Die kirchenpolitischen Ergebnisse des Jahres 1883 löst die heutige „Prov.-Corr.“ in folgender Weise zusammen: „Im Dezember des Jahres 1882, zwölf Monate vor dem Befehl, den der Kronprinz dem Vatikan erstattete, gab ein an den Papst Leo XIII. gerichtetes Schreiben unsere Königin der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine beiderseitige Annäherung angezeigt erscheine und daß eine darüber ermüthigte Wiederbeziehung der im Kirchenbuche vorhandenen Befahren noch mehr im Interesse der katholischen Kirche, als in demjenigen des Staates liegen würde. Diese Erwartung ist durch die Ereignisse des abgelaufenen Jahres genaugen gerechtfertigt worden, um der Staatsregierung den Dank und die Anerkennung derjenigen zu sichern, welche die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche anstreben. Keinen Augenblick wird die rücksehende Betrachtung darüber im Zweifel sein können, daß die Sache der Wiederherstellung solcher Beziehungen während der letzten zwölf Monate erfreuliche Fortschritte gemacht hat und daß wir dem in dem Kaiserlichen Handbuche bezeichneten Zwecke abermals um ein Erhebliches näher gekommen sind. Es genügt in dieser Hinsicht an die Thatfachen zu erinnern, welche der am 31. Dezember 1883 verhandigten bedeutungsvollen Entscheidung des königlichen Staatsministeriums unmittelbar vorhergegangen sind. Die Reihe dieser Thatfachen wurde durch einen am 5. Juni v. J. dem Landtage der Monarchie übergebenen

Die kirchenpolitischen Ergebnisse des Jahres 1883 löst die heutige „Prov.-Corr.“ in folgender Weise zusammen: „Im Dezember des Jahres 1882, zwölf Monate vor dem Befehl, den der Kronprinz dem Vatikan erstattete, gab ein an den Papst Leo XIII. gerichtetes Schreiben unsere Königin der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine beiderseitige Annäherung angezeigt erscheine und daß eine darüber ermüthigte Wiederbeziehung der im Kirchenbuche vorhandenen Befahren noch mehr im Interesse der katholischen Kirche, als in demjenigen des Staates liegen würde. Diese Erwartung ist durch die Ereignisse des abgelaufenen Jahres genaugen gerechtfertigt worden, um der Staatsregierung den Dank und die Anerkennung derjenigen zu sichern, welche die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche anstreben. Keinen Augenblick wird die rücksehende Betrachtung darüber im Zweifel sein können, daß die Sache der Wiederherstellung solcher Beziehungen während der letzten zwölf Monate erfreuliche Fortschritte gemacht hat und daß wir dem in dem Kaiserlichen Handbuche bezeichneten Zwecke abermals um ein Erhebliches näher gekommen sind. Es genügt in dieser Hinsicht an die Thatfachen zu erinnern, welche der am 31. Dezember 1883 verhandigten bedeutungsvollen Entscheidung des königlichen Staatsministeriums unmittelbar vorhergegangen sind. Die Reihe dieser Thatfachen wurde durch einen am 5. Juni v. J. dem Landtage der Monarchie übergebenen

Die kirchenpolitischen Ergebnisse des Jahres 1883 löst die heutige „Prov.-Corr.“ in folgender Weise zusammen: „Im Dezember des Jahres 1882, zwölf Monate vor dem Befehl, den der Kronprinz dem Vatikan erstattete, gab ein an den Papst Leo XIII. gerichtetes Schreiben unsere Königin der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine beiderseitige Annäherung angezeigt erscheine und daß eine darüber ermüthigte Wiederbeziehung der im Kirchenbuche vorhandenen Befahren noch mehr im Interesse der katholischen Kirche, als in demjenigen des Staates liegen würde. Diese Erwartung ist durch die Ereignisse des abgelaufenen Jahres genaugen gerechtfertigt worden, um der Staatsregierung den Dank und die Anerkennung derjenigen zu sichern, welche die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Staat und Kirche anstreben. Keinen Augenblick wird die rücksehende Betrachtung darüber im Zweifel sein können, daß die Sache der Wiederherstellung solcher Beziehungen während der letzten zwölf Monate erfreuliche Fortschritte gemacht hat und daß wir dem in dem Kaiserlichen Handbuche bezeichneten Zwecke abermals um ein Erhebliches näher gekommen sind. Es genügt in dieser Hinsicht an die Thatfachen zu erinnern, welche der am 31. Dezember 1883 verhandigten bedeutungsvollen Entscheidung des königlichen Staatsministeriums unmittelbar vorhergegangen sind. Die Reihe dieser Thatfachen wurde durch einen am 5. Juni v. J. dem Landtage der Monarchie übergebenen

Der kürzlich gemeldete Unfall des russischen Kaisers scheint mit der Ermordung des Oberlieutenants Subeikin und seines Weffen in geheimnisvollem Zusammenhang zu stehen. Die „Germ.“ erzählt mit Bezug hierauf aus Petersburg Folgendes: „Es verläut, die ganze Geschichte mit dem umgeworfenen Schlitzen und den durchgegangenen Pferden sei reine Erfindung. Als Stütze ihrer Behauptung werden folgende Umstände angeführt: Erstens, wenn es sich in der That so verhielte, so officiell publizirt wird, daß der Kaiser aus dem Schlitzen geschleudert wurde, als die schon geworbenen Pferde durchgingen, weshalb ist dieser „Unfall“ denn zehn Tage verschwiegen und erst dann publizirt worden, als die ausländischen Zeitungen die Nachricht über den „Unfall“ brachten? Zweitens, wenn die Scher der Kaiser verrenkt worden, weshalb bedienen sich denn die Aerzte, die den Kaiser behandelten, solcher Arzneien, die sonst nur in Fällen, wo Schusswunden vorhanden, benutzt werden? Drittens, wenn es sich hier um einen gewöhnlichen Unfall drehe, weshalb erzählt denn der Hofminister den „Unfall“ auf eine Weise, General Therenin dieselbe Angelegenheit auf eine andere Art und die anderen hochgestellten Hofbeamten, die doch in der Nähe des Kaisers seien, die Begebenheit mit dem Unfälle auf eine dritte, den zwei anderen Erklärungen ganz widersprechende Frage, wenn die ausländischen Gesandten theilnehmend die Persönlichkeiten nach den näheren Umständen des Unfalles ansprachen. Diese auffallende Dissonanz in den Aussagen hochstehender Personen kann nicht anders als den Verdacht erregen, daß hier kein Unfall sondern ein Attentat vorliege.“

Daß Subeikin von den Nihilisten ermordet worden ist, denen er als höchst gefährlicher Verfolger verhasst war, steht fest. Man nennt einen gewissen Legajew als den Hauptthäter. Was jetzt ist es jedoch noch nicht gelungen, einen der Mörder zu erwischen. Es heißt zwar, daß ein Mensch, der in einen ein in Abgehen begriffenen Eisenbahnzug zu springen versucht habe, verhaftet worden sei, indessen fehlt es noch an Nachrichten darüber, ob dieses Individuum fonnprostitirt erachtet. Man erzählt jetzt, daß Subeikin selbst seinem Begleiter auf die Meldung Jablonski's der eigentlichen Mörder heißt und ein bereits bestraffter Nihilist sein soll, daß die Polizei in seinem Hause wachte, sich zu Jablonski begab, dessen Zimmer betrat und sich mit seinem Begleiter und jenem an einen Tisch zu gesetzt habe, daß er einer in ein anderes Gemach führenden Thür den Rücken zuwendete. Er hatte kaum Platz genommen, als ihm ein Revolvergeschuß in den Rücken traf, der aus dem Nebenzimmer auf ihn abgefeuert worden war. Gleichzeitig stürzten, wie man angiebt, mehrere Männer auf ihn ein und verletzten ihm mit einer schweren Eisenkugel, wie sie zum Aufhaden des Eisens benutzt wird, so wichtige Schläge auf den Kopf, daß derselbe halb zermalmt wurde. Während dieses Vorganges drangen die Anderen auf den Weffen ein, der seinem Oheim Beistand zu leisten Miene machte, aber ebenfalls sogleich mit Schlägen vermischt wurde. Hierauf verließen die Mörder, von denen Einer eine Verwundung an der Hand davongetragen haben soll, das Haus auf einer Hintertreppe und entkamen ungelesen. Erst nach einigen Stunden, als man auf der Polizei wegen des langen Ausbleibens Subeikin's Verdacht schöpfte und nach jenem Hause, um Nachforschungen anzustellen schickte, fand man die Opfer dieses graßlichen Verfalls in ihrem Blute liegend vor. Niemand scheint im Hause den Schuß und den Värm gehört zu haben. Wahrscheinlich weilten die Nachbarn außer dem Hause. Der Koffer, der noch athmet, fand einen Augenblick die Bestimmung wieder und konnte gerade noch so viel erzählen, daß man den Herzog erfuhr. Er berichtet auch, daß einer der Höchlichsten dessen haben alle Aerzte die strengste Weisung erhalten, sofort die Wundung zu machen, wenn ein verächtlicher Patient sich ihnen präsentiren sollte. — Was den Jablonski anbelangt, so hatte dieser durch seinen Eifer, mit dem er als Spion gegen die Nihilisten diente, das volle Vertrauen Subeikin's zu erlangen vermocht. Nicht nur, daß er viele seiner ehemaligen Kameraden der Polizei in die Hände lieferte, hatte er auch, wie man der „Rost. Ztg.“ aus Petersburg meldet, vor einiger Zeit ein Attentat auf den Kaiser durch rechtzeitige Mitteilung an Subeikin zu verhindern gewußt, das vor vier Wochen von einer Frau Wolfenstein geplant gewesen sein soll und durch die Verhaftung der Letzteren und ihrer Mitthäterin vereitelt wurde. Dabei scheint Jablonski, der mit den Nihilisten aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht getrocknet hatte, je vielmehr über seine Handlungsweise geschickt schlichte, seinen ehemaligen Genossen verdächtig geworden zu sein. Er erzählt Subeikin, daß ihm die Nihilisten nach dem Tode trachteten, und bat, ihn weiterer Dienste zu entbehren; Subeikin wollte aber davon nichts wissen. Man darf annehmen, daß die Nihilisten es nicht an Drohungen fehlen ließen und von Jablonski verlangten, Subeikin, mit dem er nur im Interesse ihrer Partei zu verkehren vorgab, an's Weffer zu liefern, und dieser scheint, um sein Leben zu retten, den Entschluß gefaßt zu haben, Subeikin zu verrathen.

Der Grenzstreit zwischen Oesterreich und Rumänien, der gewöhnlich nach dem Vulkan-Passe benannt wird, ist, wie die „Fr. Presse“ meldet, zur Zufriedenheit beider Theile beigelegt. Die rumänische Regierung hat nur das Ansuchen gestellt, daß diejenigen ungarischen Beamten, welche ihre Zuständigkeiten überschritten haben, einen strengen Verweis erhalten möchten. Das bulgarische Kabinett hofft, daß die Wiener Regierung diesem Ansuchen Folge geben werde.

Ueber die nordamerikanischen Eisen- und Stahlindustrie ist eine schwere Krise hereingebrochen. Aus dem toben signalisirten Jahresbericht pro 1883 der Gesellschaft amerikanischer Eisen- und Stahlfabriken erhellt man, daß der Preis für Eisen und Stahl während des abgelaufenen Jahres so niedrig gewesen ist, wie noch nie zuvor, und daß viele Werke der Stahlfabriken die Defen gelockt haben, weil ihre Eigentümer an eine Besserung des Geschäftes in absehbarer Zeit nicht zu glauben vermögen. Man braucht kein Besimmit zu sein, um

aus den vorstehend erwähnten Daten den Schluß zu ziehen, daß die nordamerikanischen Eisen- und Stahlindustrie sich zur Zeit in vollem Niedergange befindet. Aus dem kurzgefaßten Resümee des Rabeltelegramms ist nicht ersichtlich, ob der Verfasser des qu. Berichtes seine Arbeit einzig und allein auf Verbringung des stahlischen Materials beschränkt oder sie auch auf Unterdrückung der Ursachen ausgedehnt hat, welche allenfalls für den gegenwärtigen Niedergang des in Rede stehenden Industriezweiges verantwortlich gemacht werden könnten. Wichtigst ist man jedoch, welche Wobstitutions in den lebenden Geschäftspunkten der nordamerikanischen Zoll- und Steuererhebung das Jahr 1883 sich hat vollziehen lassen, darunter namentlich die ungewohnlich beträchtliche Ermäßigung der Eisenzölle, so ist die Schlussfolgerung gar nicht abzusehen, daß das veränderte Zollregime in der jetzigen Lage des transatlantischen Stahl- und Eisenhandelszweiges seinen entsprechenden Ausdruck findet. Dabei soll nicht verkannt werden, daß auch andere Faktoren in der Herbeiführung des von dem Geschäftsbericht der amerikanischen Eisen- und Stahl-Interessenten hervorgehobenen Resultates mitwirken mögen, wie denn überhaupt die Prosperität der wirtschaftlichen Entwicklung Nordamerikas im vorigen Jahre mancherlei zu wünschen übrig ließ. Als das ausschlaggebende Moment für die Gestaltung der Konjunktur der transatlantischen Eisen- und Stahlbranche aber wird in jedem Falle nicht sowohl die verringerte Konsumfähigkeit der Abnehmer, als vielmehr die in Folge der Zollherabsetzung geminderte Konkurrenzkraft der Produzenten betrachtet werden müssen. Wenn nun die Eigentümer der ausgelassenen Höfen ihre Resignation damit begründen, daß sie sagen, auf eine Besserung der Chancen für einheimisches Fabrikat sei einzuwirken keine Aussicht vorhanden, so dürfen sie in dieser ihrer Voraussicht insofern nicht Unrecht haben, als die Beweggründe, welche zur vorjährigen Milderung des nordamerikanischen Zollregimes führten, von den transatlantischen Staatsmännern auch heutigen Tages noch vor sich aufrecht erhalten werden. Daß dieselben in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen der Nation sind, ist von uns schon zu wiederholten Malen hervorgerufen worden; es gehört aber keine besondere Prophetengabe dazu, um, gestützt auf die Erfahrungen der transatlantischen Eisen- und Stahlindustriellen, sich ein Bild von der Zukunft zu machen, welcher die Union nach schrankenloser Adoption des Freihandelsystems entgegen gehen dürfte.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, den 3. Januar.

— Die Vertrauensundgebung des Kaisers an den Feldmarschall-Statthalter der Reichslande, von der wir gestern berichteten, hat, der „Straßb. Post“ zufolge, ihre Vorgeschichte. Nach der betamten Rede des Abg. Baron Jörn v. Budaß wendete sich der Statthalter mit der Vorfrage an den Kaiser, ob Sr. Majestät anlässlich dieses Vorkommnisses besonderen Bericht bestelle. Die Antwort des Kaisers lautete dahin, daß ein Bericht nicht notwendig erheische, da der Statthalter sich des Allerhöchsten Vertrauens nach wie vor in ungeändertem Maße erfreue. Der Statthalter veranlaßte darauf an zwei Abenden der vorigen Woche die Epigen der Militär- und Civilbehörden an seiner Tafel und gab ihnen von dem Inhalte der Kundgebung Kenntniß. Ob dieselbe allgemein veröffentlicht werden soll, steht noch nicht fest.

— Dr. Laster, der einem Briefe aus Washington zufolge während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten in verschiedenen amerikanischen Städten von den Deutschen mehr oder minder gefeiert worden ist, hat sich in seinen Reden im Allgemeinen gemäßig und — wie von seinem Standpunkte aus nicht anders zu erwarten war — schmeichelehaft auf die Vereinigten Staaten ausgeprochen. Eine Verichterstattung über jene Reden dürfte für unsere Leser kaum von Interesse sein; jedoch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß Dr. Laster bezüglich des deutschen Schweine-Einfuhrverbots angekündigt hat, daß er eine Aufhebung desselben hoffe.

— Die Unvorsichtigkeit, brennende Petroleumlampen vor dem Ergäßen des Oels nicht auszulöschen, hat in Berlin wieder eine Explosion verursacht. Am Abend des Neujahrstages verurtheilte die 19jährige Tochter eines Privatgelehrten A., während die Familie um den Tisch saß, die über demselben hängende große Petroleumlampe trotz des Widerspruches ihres Vaters auf jene Weise zu fällen. Die Flamme schlug nach unten in das bereits halbgefüllte Bassin und brachte dieses zum Explodiren, fast sämtliche Familienglieder trugen mehr oder minder schwere Brandwunden davon. Die Hoffnung, daß dergleichen Vorfälle endlich zur Warnung dienen möchten, scheint eine vergebliche zu sein.

— Ein gewaltthamer Einbruch in der Artillerie- und Ingenieurschule in Charlottenburg hat die lebhafteste Thätigkeit geküßt, welche eine Diebstahls- und in den letzten acht Tagen entwidete. Nachdem der Hofstaatssekretär W., Gishändler T. und ein Konditor mittelst Einbruchs um erhebliche Werte geschädigt wurden, suchten sich die Diebe, wie den „R.“ mitgeteilt wird, in der Nacht zum Sonnabend das Gebäude der Artillerie- und Ingenieurschule zum Operationsfelde aus. Nach Entfernung der Eisenträgen von den Souterrainfenstern der Kellerkassen des Oekonomens drangen die Diebe in diese ein und entfernten sich mit einem Vorrath von Fleischwaren im Werthe von ungefähr 200 M., die sie sorgfältig in Säcke verpackt hatten. Ein Theil derselben konnte ihnen durch die Nachwächter allerdings wieder abgejagt werden.

— Ein hundertjähriger Greis, der Colomist und Aufseher Joh. B. Thiene, ist kurz vor Weihnachten in Neu-Westrow in der Mark Brandenburg gestorben. Er war am 1. Juli 1783 in Rabach bei Drosow geboren und ist in seinem ganzen Leben nie krank gewesen. Noch in den letzten Lebensjahren er er meilenweite Fußtouren zurückgelegt und bis an sein Ende bewachte er körperliche und geistige Frische.

— Alle deutschen Panzerschiffe erhalten Torpedonehne und Sparen zum Schutze gegen Torpedoangriff, namentlich in Häfen und werden die Marineoffiziere wie Matrosen in deren Handhabung eingeweiht, damit sie vollkommen damit vertraut sind.

— Die Krautauer-Indianer, die zur Zeit in Hamburg zu sehen sind, haben ihrem Impresario Ricardo Frise eine unangenehme Weihnachts-Überraschung bereitet. Herr Frise hatte sich während der Weihnachtsfeierzeit zum Besuch seiner Verwandten von Hamburg nach Steintin begeben, die Krautauer nur unter Bewachung zweier Diener zurücklassen. Diese Thät haben die Indianer, wie die „Ger. Ztg.“ mittheilt, dazu benützt, sich so viel wie möglich zu modernisieren, und damit den Anfang gemacht, daß sie sich gegenseitig die Haare abschneiden und scheitellen. Der Impresario ist natürlich über diese „Kultur, die alle Welt beleidet“, keineswegs erfreut.

— Wie unser jetzt vielgenannter Landsmann Schnell nach China kam, wird angeblich von einem Kameraden Schnell's dem B. T. folgendermaßen erzählt: Schnell, Sergeant der ersten schweren Batterie des Rheinischen Feld-Artillerie-Regiments (ich war zu derselben Zeit Unteroffizier der zweiten schweren Batterie desselben Regiments) in Köln, der durchaus erfahrener und tüchtiger Anwärter der Artillerie war, sibt eines Tages in irgend einem Bierlokal in Köln hinter dem Glase Bier und läßt es sich gut munden, als zwei feine gelebete Civilisten eintreten und an dem Nachbartisch des z. Schnell Platz nehmen. Nach einigen gleichgiltigen Bemerkungen fragt einer dieser Herren den z. Schnell, ob er (der Fragende) wohl Eintritt in die Artillerie-Kaserne bestimme. Auf Befragen erzählt nun Schnell, daß beide Herren Beamten von Friedr. Krupp in Essen seien, und Auftrag hätten, mit einem Anwärter dieser Truppengattung Rücksprache zu nehmen, ob der Betreffende wohl geneigt sei, im Auftrage des Friedr. Krupp mit einer Sendung Geschütze nebst Munition nach China zu gehen, um dort als Instrukteur in chinesischen Diensten zu fungieren. Ohne sich lange zu befassen, sagt Schnell selbst zu und tritt daraufhin schon nach wenigen Tagen mit genannter Firma direkt in Verbindung. Ich übergehe die Unterhandlungen, die geschlossen wurden. Das Resultat war: Drei Wochen später war Schnell laut allerhöchster Kabinetsordre entlassen und trat in ein Engagementverhältnis zu Krupp. Unter anderem verpflichtete sich Fr. Krupp durch einen notariellen Akt, den z. Schnell, falls es ihm innerhalb der ersten drei Jahre in China, wohin er auf Kosten Krupp's ging und dort auch auf dessen Kosten die englische Sprache erlernte, nicht gefelle, auf seine Kosten zurückkommen zu lassen und ihn dann mit einem Jahresgehalt von wenigstens 800 Thalern (wenn ich nicht irre) lebenslanglich in seinem Etablissement anzustellen. Schnell wurde bei seinem Austritt zum Bize-Feldwebel befördert und Krupp ließ ihm eine Uniform machen, deren sich kein Offizier hätte zu schämen brauchen. Am 31. Mai 1870, kurz vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, ging Schnell in Rotterdam oder Amsterdamm in See und ward bisher in Köln nicht wieder gesehen.

— Ein Betrugsprozeß der bestreblichsten Art wurde dieser Tage vor dem Schöffengerichte des schlesischen Städtchens Wanzen verhandelt. Ein dortiger praktischer Arzt, Dr. K., welcher in den besten Verhältnissen lebt, war angeklagt, in elf Fällen in der Absicht, sich einen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen von Kollegen geschädigt zu haben. Der Benannte machte nämlich verschiedenen auswärtigen Berufsgenossen schriftlich die falsche Vorhersage, die Unterhandlungen, die geschlossen wurden, seien von dem Benannten erlitten und trat in ein Engagementverhältnis zu Krupp. Unter anderem verpflichtete sich Fr. Krupp durch einen notariellen Akt, den z. Schnell, falls es ihm innerhalb der ersten drei Jahre in China, wohin er auf Kosten Krupp's ging und dort auch auf dessen Kosten die englische Sprache erlernte, nicht gefelle, auf seine Kosten zurückkommen zu lassen und ihn dann mit einem Jahresgehalt von wenigstens 800 Thalern (wenn ich nicht irre) lebenslanglich in seinem Etablissement anzustellen. Schnell wurde bei seinem Austritt zum Bize-Feldwebel befördert und Krupp ließ ihm eine Uniform machen, deren sich kein Offizier hätte zu schämen brauchen. Am 31. Mai 1870, kurz vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, ging Schnell in Rotterdam oder Amsterdamm in See und ward bisher in Köln nicht wieder gesehen.

— Die Gemeinde Vorch stand kürzlich vor der Gefahr eines Vermögensverlustes, wie derselbe seiner Zeit bei Gauh stattgefunden hat. Die drohende Stelle ist nun theilweise abgetragen und die Gefahr einigermassen beseitigt. Nach § 18 des Gemeindeopfergesetzes sollten die etwa 36,000 Mark ausmachenden Linsen von der Gemeinde getragen werden. Dagegen trübte sich der Gemeinderath und hat seine Ansicht auch nicht geändert, nachdem 10 Mark Strafe für jeden der rentirenden Gemeinderäthe angelegt waren. Daraufhin erklärte der königliche Amtmann zu Wiesbaden, der Herr Bürgermeister Altendorf sei angewiesen, 36,000 M. aufzunehmen und das Enteignungsrecht für die in Verzug befindlichen Linsenverträge nachzugehen. In Folge dieser Mitteilung hat der ganze Gemeinderath seine Entlastung verlangt und sie auch erhalten, mit dem Zusatz, daß dadurch jedes seiner Mitglieder das aktive und passive Wahlrecht verloren habe. Auf die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit ist man gespannt.

— Ein Wese des Richters Anastasius Grün, der stud. Jur. Karl Graf Altrens aus Graz (geb. 1860), einziger Sohn des Kammersers Friedrich Grafen Altrens, hat sich zu Gernowits in der Vorwina am Neujahrsmorgen mit einem Revolver im trunkenen Zustande erschossen. Das Motiv ist noch unbekannt. Die Kugel drang oberhalb der rechten Schläfenenge ein. Der Tod erfolgte Mittags. Der Vorfalle erregt große Theilnahme und Sensation.

— Ein furchtbares Unglück ereignete sich am Freitag in dem Hafen von Rungau an der Westküste von Island. Einige Räucher auf der Clave-Insel waren in Gefahr, wegen richtigerer Nachzügler von Haus und Hof vertrieben zu werden. Sie fuhrten, was das notwendige Geld bei einigen Fremden aufzutreiben, während der Feiertage nach dem Festlande hinüber. Am Freitag haben sie ein Kanonenboot in den Hafen einlaufen und da sie vernommen, daß dasselbe die Gerichtscommission überbringe, bestiegen sie, mit dem erforderlichen Gelde versehen, einen Kahn, um nach vor dem Eintreffen der Gerichts-

